

### **3. Juni 1970: Bericht des stellv. Vorsitzenden des KGB, A. N. Malygin, an das ZK der KPdSU. Informationen zur Entwicklung der sowjetisch-deutschen Beziehungen und zur Lösung der Deutschen Frage\***

Streng geheim

Im Zusammenhang mit der von der Regierung Brandt auf dem Gebiet der „Ostpolitik“ ergriffenen Initiative und den von der BRD mit den Ländern des sozialistischen Lagers geführten Gesprächen erhielt das Komitee für Staatssicherheit Unterlagen, die die Frage der Entwicklung der sowjetisch-deutschen Beziehungen und die Lösung der Deutschen Frage betreffen. Der Grundtenor dieser Unterlagen, die von einer Reihe führender sowjetischer Wissenschaftler, die sich mit der Deutschen Frage befassen, übermittelt wurden, lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Der Amtsantritt der Regierung Brandt habe in gewissem Maße die Perspektiven zur Regelung der sowjetisch-deutschen Beziehungen im Sinne der Forderungen der sowjetischen Außenpolitik verändert. Unter den früheren Regierungen der BRD sei ein Beschreiten dieses Weges durch den konsequent antisowjetischen und revanchistischen Kurs sowie die völlige Abhängigkeit der BRD von den Forderungen Washingtons erschwert worden. Nunmehr sei eine andere Fraktion des regierenden Lagers an die Macht gekommen, die in gewissem Maße danach strebe, sich aus der amerikanischen Abhängigkeit zu befreien, die politischen und wirtschaftlichen Positionen des Landes zu festigen und die Möglichkeit einer Lösung der Deutschland betreffenden Fragen durch Übereinkünfte zwischen den USA und der UdSSR „hinter dem Rücken und zulasten der BRD“ auszuschießen. Als Ergebnis dieser Haltung sei die Regierung der BRD nun eher zu einer Anerkennung der Realitäten und der Herstellung gutnachbarschaftlicher Beziehungen mit der UdSSR bereit.

Die gegenwärtige Führung der BRD gehe von der Tatsache aus, dass die von der früheren Regierung der „Großen Koalition“ unternommenen Versuche, unter Umgehung der UdSSR „eine Brezschewitsche“ in die sozialistischen Länder Europas „zu schlagen“, zu keinen großen Erfolgen geführt hätten. Aus diesem Grund liege nunmehr die größte Hoffnung auf der Lösung der Fragen durch Verhandlungen mit der Sowjetunion.

Nach Meinung der Wissenschaftler könnte allerdings der Fall eintreten, dass diese erfreuliche Situation nur äußerst kurz andauert, weil die Regierung Brandt nicht fest im Sattel sitze und reaktionäre Kräfte große Bemühungen an den Tag legen, um sich für die Wahlniederlage im Jahre 1969 zu revanchieren.

Wie aus den Unterlagen hervorgeht, würde eine Vereitelung der Pläne der Regierung Brandt unabweichlich zur Machtübernahme durch eine aggressive westdeutsche Gruppierung führen, welche die Ansichten extremer reaktionärer Kreise vertrete, die danach strebten, die Probleme in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen für ihre Zwecke zu nutzen. Eine (in vernünftigem Ausmaß betriebene) versöhnliche Politik gegenüber der BRD würde einem Anwachsen der Befürworter einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion in Westdeutschland förderlich sein, den Einfluss der antikommunistischen Propaganda schwächen und die Bedingungen für die politische Arbeit der Kommunisten in der BRD zweifellos erleichtern.

„Mit einem entschlossenen und zugleich ausreichend flexiblen Vorgehen könnte die UdSSR nun eine Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen, einschließlich der Oder-Neiße-Grenze und der Grenze zwischen der DDR und der BRD, durch Westdeutschland sowie auch eine Nichtigkeitserklärung des Münchner Abkommens erreichen. Die gegenwärtige Regierung der BRD bricht diese Frage de facto auf das Niveau der formalen Ausgestaltung einer solchen Anerkennung herunter. Das Hauptproblem für sie liegt darin, die juristisch festgeschriebene Verpflichtung zur Anerken-

---

\* RGANI, F. 5, op. 62, d. 568, S. 19–22. – Briefkopf: „UdSSR, Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, 3. Juni 1970, Nr. 1539-M, Moskau.“ Eingangsstempel: ZK der KPdSU, 18383, 4. Juni 1970, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU, hs.: 25-s/7.“ Hs. vermerkt: „[25-]s/7. Information auf der Rückseite.“

nung der gegenwärtigen Grenzen eines „wiedervereinigten“ Deutschlands zu umgehen. Die Erarbeitung einer beide Seiten zufriedenstellenden Formel stellt wahrscheinlich kein unüberwindbares Hindernis bei der Lösung dieser Frage dar. Auf diese Art und Weise kann die Forderung der Sowjetunion, dass die westdeutsche Seite die bestehenden Grenzen als endgültig anerkennt, erfüllt werden.“

Für die Sowjetunion wäre eine Einbindung der BRD in ein europäisches Sicherheitssystem von großem Interesse, weil diese Einbindung ein Gegengewicht zur NATO-Mitgliedschaft der BRD und zu ihren aus den Pariser Verträgen erwachsenden Verpflichtungen bilden würde. In den Unterlagen wird weiter darauf verwiesen, dass ein entsprechendes Abkommen für die BRD ein Faktor von Interesse sein könnte, der ihre Abhängigkeit von der USA schwächen und zur Lösung der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Probleme beitragen würde. Aus diesem Grund bestehe die Möglichkeit, die Regierung der BRD beim Voranbringen der Idee der Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems zu einem Verbündeten der UdSSR zu machen.

Die strittigsten Fragen, die der Erzielung eines Abkommens mit der BRD im Wege stehen, betreffen bekanntermaßen die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und die Anerkennung eines neutralen (oder besonderen) Status Westberlins. Die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion, der sozialistischen Gemeinschaft und die Interessen der europäischen Sicherheit würden es durchaus zulassen, auch zu diesen Fragen einen Kompromiss zu erzielen. „Dafür gilt es, sich vor allem von der Doktrin loszusagen, der zufolge die Frage der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und die Berlin-Frage eine innere Angelegenheit der Deutschen sind. An der Umsetzung einer solchen Doktrin kann die Sowjetunion kein Interesse haben, weil sie an bestimmte, ganz Deutschland betreffende Verpflichtungen gemäß den Potsdamer Abkommen gebunden ist und es nicht in ihrem Interesse liegt, die Möglichkeit zuzulassen, dass eine Übereinkunft zwischen den beiden deutschen Staaten diese Rechte berührt.“

Die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der BRD und der DDR würde die Sphäre der innerdeutschen Beziehungen automatisch der Kontrolle der Siegermächte entziehen. Die Frage der Wiedervereinigung würde sich zu einer innerdeutschen Angelegenheit entwickeln. Bei einer solchen Entwicklung der Ereignisse wären die Vorteile auf der Seite Westdeutschlands als dem stärkeren Staat und nicht auf der Seite der DDR. In einem solchen Fall wäre die Sowjetunion der Kontrollmöglichkeit über die daraus entstehende Lage beraubt.

Aus alledem gilt es zu folgern, dass die Sowjetunion danach streben muss, dass Westdeutschland und die anderen kapitalistischen Länder Beziehungen mit der DDR auf völkerrechtlicher Grundlage herstellen. Die Frage der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten muss jedoch auf Grundlage der Potsdamer Abkommen unter Beteiligung der Alliierten und nicht in ‚separater‘ Form gelöst werden. Ein solcher Weg ist auch für die Lösung der Berlin-Frage akzeptabel.“

Die BRD weise ein hohes Niveau an wissenschaftlich-technischer Entwicklung auf und könne in die Sowjetunion einzigartige Ausrüstung und Industrieproduktion von Weltgeltung liefern, trotzdem liege der Handel der BRD mit der Sowjetunion im Vergleich mit den größten Industrienationen an letzter Stelle.

Ein Teil der an der Herstellung und Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR interessierten Wirtschaftskreise Westdeutschlands habe in der Verbesserung des politischen Klimas zwischen der UdSSR und der BRD eine Grundlage für die Ausweitung der Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion gesehen und begonnen, die Regierung Brandt zu unterstützen. Im Fall eines Scheiterns der Politik der Regierung Brandt werde diese Unterstützung keinerlei Sinn mehr haben, und diese Kreise könnten auf die Seite von CDU/CSU überwechseln.

In den dem KGB übermittelten Unterlagen wird darauf verwiesen, dass die Regierung Brandt, die ihren Wählern mit Versprechungen über die Erzielung eines Fortschritts im Wort stehe, nunmehr auf Zugeständnisse eingehen würde, um einen Teil ihrer Verpflichtungen zumindest auf dem Gebiet der Außenpolitik zu erfüllen. „Unter diesen Bedingungen ist es sehr wichtig, keine Fehler zuzulassen, vor allem auf dem Gebiet der Propaganda. So können beispielsweise einige Propagan-

daartikel in der sowjetischen Presse den Eindruck erwecken, dass das von den sozialistischen Ländern vorgeschlagene System der kollektiven Sicherheit in Europa gegen den westdeutschen Militarismus und somit gegen die BRD abziele. Es versteht sich, dass ein solcher Anschein im Zuge eines ernsthaften Nachdenkens über eine Einbindung der BRD in ein europäisches Sicherheitssystem aus den außenpolitischen Auftritten unbedingt verschwinden muss.“

Der stellv. Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR

Malygin<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Hs. unterzeichnet.